

Antrag

der Abgeordneten Heidi Lippmann und der Fraktion der PDS

Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Mit den indischen und pakistanischen Kernwaffenexplosionen im Mai 1998 ist der Nichtverbreitungsvertrag (Non-Proliferation Treaty – NPT) grundsätzlich in Frage gestellt worden. Das Ziel des Vertrages, das Entstehen neuer Atomkräfte zu verhindern, ist gescheitert: Mittlerweile ist von der Existenz weiterer De-facto-Atomwaffenstaaten auszugehen: Indien, Pakistan, Israel.

Die Tests auf dem südasiatischen Subkontinent haben endgültig gezeigt, dass die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen nur erfolgreich betrieben werden kann, wenn die diskriminierende Teilung der Welt in Kernwaffenbesitzer und nukleare Habenichtse aufgehoben wird. Energische Schritte zur allgemeinen atomaren Abrüstung stehen auf der Tagesordnung.

2. Russland hat aus der Osterweiterung der Atlantischen Allianz und dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien den Schluss gezogen, dass es seine Streitkräfte möglichst rasch modernisieren und den Nuklearwaffen eine neue Bedeutung beimessen muss. Die neue Militärdoktrin schreibt fest, dass Russland konventionelle Unterlegenheit durch Atomwaffen kompensieren will. Dies muss angesichts eines hohen Bestandes taktischer Atomwaffen besonders bedrohlich wirken. Auch der Ersteinsatz von Atombomben wird nicht mehr ausgeschlossen – wodurch Russland mit der NATO gleichzieht.
3. Die NATO hält hartnäckig daran fest, dass den Atomwaffen eine essentielle Bedeutung bei der „Kriegsverhütung“ zukommt. Schlimmer noch: Die USA haben eine neue nukleare Doktrin festgeschrieben, die den Atomwaffen die Aufgabe zuweist, Staaten, die sich Massenvernichtungswaffen zulegen wollen, in Schach zu halten. Der Einsatz der Atomwaffe wird damit nicht mehr ausgeschlossen. Eine „schleichende Neubegründung der Kernwaffen“ (so der ehemalige Oberbefehlshaber der US-Atomstreitkräfte Lee Butler) findet gegenwärtig statt, die auch das Streben nach einer Modernisierung der vorhandenen Arsenale wieder anheizt.
4. Mit der von den USA beschlossenen Installierung einer nationalen Raketenabwehr wird ein Eckpfeiler nuklearer Rüstungskontrolle, der ABM-Vertrag, in Frage gestellt. Russland und China müssen darin eine Entwertung ihrer nuklearen Potentiale sehen, die von ihnen mit einer Modernisierung und Effektivierung der Kernwaffen bzw. der Trägersysteme beantwortet werden

wird. Die Ratifizierung des START-II-Abkommens und die Verhandlungen über weitere atomare Abrüstung (START III) werden dadurch nachhaltig beeinträchtigt.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf der Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag, die vom 24. April bis zum 19. Mai 2000 in New York stattfindet, die Atomwaffenstaaten zu drängen, ihren Verpflichtungen zur nuklearen Abrüstung nach Artikel VI des Vertrages nachzukommen. Die Bundesregierung sollte zugleich deutlich machen, dass sie künftig ohne Wenn und Aber Initiativen zur allgemeinen und vollständigen atomaren Abrüstung im Rahmen der Vereinten Nationen unterstützen wird.
2. Die USA werden nachdrücklich aufgefordert, ihre mit dem ABM-Vertrag unvereinbaren Pläne zu einer nationalen Raketenabwehr aufzugeben, um damit den Weg zur Ratifizierung von START II und zum Abschluss eines START-III-Abkommens freizumachen.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in der NATO deutlich zu machen, dass die Bundesrepublik Deutschland die Ersteinsatzdoktrin der NATO nicht mehr mittragen und auf Veränderung dringen wird;
4. Russland sollte aufgefordert werden, seine neue Nukleardoktrin wieder zu revidieren. Gegenüber der russischen Regierung sollte insbesondere darauf hingewirkt werden, dass Moskau seine taktischen Nuklearwaffen beschleunigt verschrottet.
5. Um zu unterstreichen, dass die Bundesrepublik Deutschland eine Politik verfolgt, die auf nukleare Abrüstung und schließlich die völlige und weltweite Abschaffung der Atomwaffen gerichtet ist, sollte die Bundesregierung die USA auffordern, alle taktischen Kernwaffen, also sowohl die see- wie die luftgestützten, aus Europa und insbesondere aus Deutschland abzuziehen.
6. Die Bundesregierung sollte auf jegliche nukleare Teilhabe verzichten, die dazu erforderlichen Schritte in den NATO-Gremien einleiten, die Mitarbeit in der Nuklearen Planungsgruppe aufkündigen und die für die nukleare Teilhabe zuständigen Einheiten der Bundeswehr auflösen.
7. Die Bundesregierung sollte sich für die Schaffung eines kernwaffenfreien Korridors von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer stark machen. Ein solcher Schritt wäre eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme und könnte dem nuklearen Abrüstungsprozess neue Impulse verleihen.

Berlin, den 12. April 2000

Heidi Lippmann
Dr. Gregor Gysi und Fraktion